

Der Abend  
12. IV. 1919

206

## Zugeständnisse der Regierung an die Staatsbeamten.

### Die Gefahr eines Ausstandes beseitigt.

Gestern fand in der Staatskanzlei um 8 Uhr abends unter Vorsitz des Staatssekretärs der Finanzen Dr. Schumpeter eine Konferenz statt, die sich mit den vom Zentralverband der deutschösterreichischen Staatsbeamtenvereine aufgestellten Forderungen beschäftigte. Vom Zentralverband nahmen Oberoffizial Bauernfeindt, Rechnungsrat Schild, Revisor Schmid und von den Beamten der Länder Oberverwalter Pramersberger (Graz) an der Konferenz teil.

Im Vorzimmer weilten die Delegierten aus Salzburg, Oberösterreich, Tirol, Vorarlberg und Steiermark, um sofort nach Maßgabe des Ergebnisses der Verhandlungen ihren Organisationen zu berichten. Vom Landeshauptmann Schraffl war eben ein Telegramm eingelangt mit der Meldung, daß die Tiroler Staatsbeamten am Samstag in den Ausstand zu treten beabsichtigen.

Sektionschef Dr. Grimm gab zunächst Aufklärungen über die finanzielle Tragweite der den Eisenbahnern zugestandenen Forderungen und berichtete über den Stand der Besoldungsreform. Staatssekretär Doktor Schumpeter anerkannte die überaus mißliche Lage der Staatsangestellten. Es handele sich aber darum, über die nächsten Monate hinwegzukommen. Wenn er gegen eine Vermehrung des Bankrotenumlaufes eintrete, handle er auch im Interesse der Beamten, da nur so die weitere Teuerung bekämpft werden könne.

Von Bauernfeindt und Schild wurde unter voller Anerkennung der Lage der Staatsfinanzen auf die katastrophale Lage der Staatsangestellten verwiesen, die einer Hilfe für die nächste Zeit unbedingt bedürfen. Aber die einseitige Begünstigung einzelner Angestelltengruppen löse unbedingt Verbitterung bei den zurückgesetzten Gruppen aus.

Nach längeren Verhandlungen sagte sodann Doktor Schumpeter zu, daß er in dem am nächsten Mittwoch stattfindenden Kabinettsrat für folgende Zugeständnisse an die Staatsangestellten eintreten werde:

1. Zuwendung der den Eisenbahnern zugebilligten Begünstigungen an sämtliche Staatsbedienstete, rückwirkend vom 1. April;
2. Gewährung des Anschaffungsbeitrages für Mai im Ausmaße wie im Februar d. J.;
3. Sofortige Inangriffnahme einer Besoldungsreform durch vorläufige Ausarbeitung der Hauptgrundsätze derselben (Aufhebung des Rangsklassensystems, Schaffung eines Gruppensystems) und Übermittlung derselben an alle Organisationen.

In Anbetracht der überaus ernsten Lage der Staatsfinanzen erklärten die Vertreter des Zentralverbandes, ihre weitergehenden Forderungen zurückziehen zu wollen. Die Vertrauensmänner der Staatsbeamten der einzelnen Länder stimmten dieser Erklärung zu.

Damit erscheint, falls der Kabinettsrat den vom Staatssekretär Dr. Schumpeter vertretenen Anträgen seine Zustimmung erteilt, der drohende Ausstand der Staatsangestellten beseitigt.

B. Sch.